Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 109 (2012)
Heft: 4

Artikel: Bundesrat will keine Reform des Sozialversicherungssystems
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-839843

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NACHRICHTEN

ALV informiert Betriebe über ihre Dienstleistungen

Weil viele Unternehmen die Dienstleistungen der Arbeitslosenversicherung (ALV) zu wenig kennen, hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) eine Informations- und Sensibilisierungskampagne gestartet. Die Betriebe sollen auf die Dienstleistungen der ALV aufmerksam gemacht und motiviert werden, die regionalen Arbeitsvermittlungszentren stärker bei der Besetzung offener Stellen mit einzubeziehen. Gleichzeitig soll auch das Bewusstsein der ALV-Mitarbeitenden für die Bedeutung der «Zielgruppe Unternehmungen» gestärkt werden. Enge Beziehungen zur Wirtschaft seien die Basis, um stellensuchende Menschen effektiv bei deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen zu können, so das Seco.

Bericht Schwelleneffekte

Der Bundesrat hat die Antwort zum Postulat «Soziale Sicherheit – Schwelleneffekte und ihre Auswirkungen» von Ständerat Claude Hêche (JU) verabschiedet. Die Grundlagen für den Postulatsbericht wurden von der SKOS erarbeitet. Sie sind soeben in der Reihe «Beiträge zur sozialen Sicherheit» (14/12) des BSV erschienen. Der Grundlagenbericht «Schwelleneffekte und negative Erwerbsanreize» gibt einen Überblick über die Anstrengungen der Kantone, derartige Effekte innerhalb ihrer Transfer- und Steuersysteme zu reduzieren und zeigt auf, welche Erfolge sie dabei erzielt haben. Der Bericht beinhaltet auch Handlungsgrundsätze (Good Practices) zur Vermeidung von Schwelleneffekten und negativen Erwerbsanreizen, die in Zusammenarbeit mit kantonalen Expertinnen und Experten erarbeitet wurden.

Grundlagenbericht → www.bsv.admin.ch
Good Practices → www.skos.ch

SKOS-Richtlinien können neu ausgedruckt werden

Ab 1. Januar 2013 können die SKOS-Richtlinien kostenlos als PDF-Datei von der SKOS-Website heruntergeladen werden. Die alle zwei Jahre erscheinenden Nachträge werden als separate PDF-Datei bereitgestellt. Wer die SKOS-Richtlinien selber ausdruckt, kann bei der SKOS-Geschäftsstelle passende Ordner und Register bestellen. Die Papierversion kann weiterhin und in unveränderter Form bezogen werden. Die Preise für die Papierversion werden auf den 1. Januar gesenkt.

Der Bundesrat gibt dem bestehenden Sozialversicherungsnetz gute Noten. Bild: Keystone

Bundesrat will keine Reform des Sozialversicherungssystems

Das schweizerische Sozialversicherungssystem erfüllt die Ziele der materiellen Sicherheit und der Integration für den grössten Teil der Bevölkerung. Das System ist zwar komplex, aber auch flexibel. Ein Richtungswechsel drängt sich nicht auf. Mit diesen Kernaussagen hat der Bundesrat dem Postulat von Nationalrätin Silvia Schenker eine Absage erteilt. Schenker forderte eine grundlegende Reform des Systems, da es zu komplex und rigid und die Ursache für Ungleichheiten sei. Damit das Sozialversicherungssystem mit Alternativen wie einer allgemeinen Erwerbsversicherung, einem bedingungslosen Mindesteinkommen oder einem Rahmengesetz zur Existenzsicherung vergleichbar wurde, hat das BSV für die im September publizierte Antwort des Bundesrats verschiedene Beurteilungskriterien definiert und mit ihnen die Wirkung der Systeme analysiert (sog. «Schenker-Bericht»). Zur Stossrichtung «Rahmengesetz Existenzsicherung», die auch von der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), der Städteinitiative Sozialpolitik und der SKOS unterstützt wird, äussert sich der Bundesrat zurückhaltend. Zum einen, weil ein klar definierter Inhalt fehle, zum anderen, weil er befürchtet, dass es zu einer unerwünschten Kostenüberwälzung an den Bund kommen könnte. Der Bundesrat zeigt sich aber bereit, die mit einem Rahmengesetz verbundenen Fragen weiter zu untersuchen. ■

AVIG-Revision: Mehr Sozialhilfefälle, aber weniger als erwartet

Ende August hat die Städteinitiative Sozialpolitik den «Kennzahlenbericht Sozialhilfe» veröffentlicht, für den auch die Auswirkungen der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) auf die Sozialhilfe untersucht wurden. In den meisten Städten lag der Anteil neuer Fälle, die auf die AVIG-Revision zurückgehen, zwischen fünf und 15 Prozent. Die Auswirkungen sind somit weniger gravierend als befürchtet. Die Städteinitiative verweist aber auch auf den Umstand, dass die Revision in eine relativ günstige konjunkturelle Phase gefallen sei, und dass deren Auswirkungen nach einem Jahr noch nicht abschliessend dargestellt werden könnten. Über alle dreizehn untersuchten Städte hinweg betrachtet nahm 2011 die Anzahl der Sozialhilfefälle um gut ein Prozent zu. Damit setzte sich die Entwicklung des Vorjahrs fort. ■